

EINKOMMEN OHNE ARBEIT?

„Ich bin 33 Jahre alt, gelernte Bürokauffrau, arbeite nicht und habe ein monatliches Einkommen von rund 13.000 Euro!“ – das erzählt eine junge Frau in einer derzeit laufenden Werbung der österreichischen Klassenlotterie. Das ist wahrlich eine Summe, welche die derzeit üblichen Nettoeinkommen nicht nur der Mehrheit – nein, fast aller ÖsterreicherInnen um ein Mehrfaches übersteigt.

Es muss ein extrem hoher Gewinn gewesen sein, der solche Zinsen abwirft, und Lottogewinne sind gewiss nicht der übliche Weg, zu einem regelmäßigen Einkommen zu kommen. Insgesamt aber sind Einkommen aus Vermögen in Österreich im Steigen begriffen. Viele haben sich im Laufe ihres Lebens ein kleines Vermögen zur zusätzlichen Alterssicherung aufgebaut, das auf Grund erlernter Sparsamkeit und eines gut ausgebauten sozialen Netzes kaum angetastet wurde und in Form von Zinsen regelmäßig ein kleines Zusatzeinkommen bringt. Diese kleinen (und zuweilen auch größeren) Vermögen werden heute gewöhnlich an Kinder und Enkel vererbt. Nach Abzug von Steuern und unter Berücksichtigung der Inflation, bleibt den BesitzerInnen dieser Vermögen ein kleines oder größeres Einkommen: Einkommen ohne Arbeit.

Trotzdem bleibt Arbeit – genauer Erwerbsarbeit – das wesentlichste Mittel der Existenzsicherung für fast alle Menschen in unserem Land – und darüber hinaus in Europa und im Rest der industrialisierten Welt. In der europäischen Sozialtradition ist soziale Sicherheit auf die eine oder andere Weise direkt mit Erwerbsarbeit verbunden. In Österreich werden Arbeitslosengeld, Krankenversicherung und Pensionen direkt durch einkommensbezogene Abgaben der ArbeitnehmerInnen und der Unternehmen finanziert. Auf Grund dieser engen Bindung variieren auch die Einkommen der Arbeitslosen und PensionistInnen je nach der Höhe des vorhergehenden Lohnes bzw. Gehalts. Arbeitsloses Einkommen wird nur Kindern zugestanden (Familienbeihilfe, Kinderabsetzbeträge) sowie Armen, Kranken oder sonst wie Hilflosen in Form einer streng dem Bedarf angepassten Sozialhilfe.

Diese starke Bedeutung der Erwerbsarbeit erklärt, weshalb die Schaffung von Arbeitsplätzen – verbunden mit dem dafür notwendigen Wirtschaftswachstum – oberstes Ziel aller politischen Programme ist, quer durch Parteien und Regierungen. Das gilt selbstverständlich auch für die Gewerkschaften, die aus dem Kampf der ArbeiterInnen um gerechte Löhne und Arbeitsbedingungen entstanden sind und ihre Existenzberechtigung aus diesen Interessen ableiten.

Veränderung der Arbeitswelt

Die Beschäftigung steigt, doch schneller steigt die Arbeitslosigkeit. Während im August dieses Jahres die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 1% höher war als im Jahr zuvor, ist im selben Zeitraum die Zahl der beim AMS vorgemerkten Arbeitslosen mit 219.000 um 6% angewachsen. Damit stieg die Arbeitslosenquote nach EU-Kriterien (saisonbereinigt) auf 5,1% (bzw. 7,3% nach österreichischer Berechnung¹).

Diese Zahlen verdecken allerdings den tatsächlichen Wandel am Arbeitsmarkt. Aus den sicheren Vollzeit-Erwerbsarbeitsplätzen in der Industrie, die bis Mitte der 1980er Jahre vor allem vielen Männern gutes und dauerhaftes Einkommen bieten konnten, wurden Beschäftigungen in den vielfältigen alten und neuen Dienstleistungsbereichen. Dabei stagniert die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, weil vollzeitige Dauerarbeitsplätze durch vielerlei neue Formen von Arbeitsverträgen ersetzt wurden. Neue Arbeitsplätze sind in vielen Fällen Teilzeitbeschäftigungen, die vor allem von Frauen ausgeübt werden, sowie geringfügige und unregelmäßige Beschäftigungen, Werkverträge und ähnliches. Viele der so Beschäftigten verdienen kaum genug, um ihre laufenden Ausgaben zu decken. Werden sie arbeitslos, ist der Weg in die Armut vorprogrammiert.

Sozialhilfe statt Arbeit?

Ende 2003 betrug in Österreich die Zahl der Allein-, Haupt- und Mitunterstützten in der offenen Sozialhilfe 96.102 Personen (2005 ca. 100.000) – um 36.800 (62%) mehr als vor 10 Jahren! Ca. 32.300 Personen waren Dauerunterstützte (1994: 23.500). Auch die Zahl der in Alten- und Pflegeheimen lebenden SozialhilfeempfängerInnen stieg im selben Zeitraum um rund 50%. Insgesamt erhielten rund 149.000 Personen

¹ Quelle: WIFO Monatsberichte 9/2005, S.597

zeitweise oder dauernd finanzielle Unterstützung zur Sicherung ihres Lebensunterhalts, gegenüber 93.600 im Jahr 1994.²

Die zunehmende Abhängigkeit von Sozialhilfe ist eine direkte Folge der Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt, der niedrigen Einkommen vieler Erwerbstätiger, und sie steht auch mit der langfristig fallenden Lohnquote in Zusammenhang, das heißt mit dem geringer werdenden Anteil der ArbeitnehmerInnen am volkswirtschaftlichen Einkommen.

Vollbeschäftigung?

Wenn heute Gewerkschaften im Verein mit Parteien Vollbeschäftigung als zentrales Ziel formulieren, vergessen sie, die Gesamtheit der Unselbständigen – Beschäftigte und Arbeitslose – in den Blick zu nehmen. Es wird außer Acht gelassen, dass Arbeitslose zwar indirekt, aber sehr real mit betroffen sind von Lohnverhandlungen und arbeitsrechtlichen Regelungen. Noch wichtiger ist, dass eine hohe Zahl von auf den Arbeitsmarkt drängenden Beschäftigungslosen die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften und ihre Verhandlungsposition schwächt. Um ihrer in Österreich so wichtigen Position als Sozialpartner gerecht zu werden, dürfen die Gewerkschaften also die wachsende Zahl von Arbeitssuchenden nicht ignorieren.

Welche Arbeit?

Wir reden von Arbeit und Arbeitslosigkeit und übersehen, dass wir dabei eigentlich „nur“ Erwerbsarbeit meinen. Die gesellschaftlich und menschlich wichtigsten Arbeiten werden nach wie vor zum größeren Teil außerhalb der Erwerbsarbeit und ohne Bezahlung geleistet: Die Sorge um Kinder und Haushalt, die Pflege von Kranken und Alten und vieles, was an freiwilligen Diensten öffentlich und privat geleistet wird, überstiege an Geldwert die gesamte Erwerbsarbeit, wenn dafür Löhne bezahlt werden müssten. Nur ein kleiner Teil der Arbeit für Kinder wird anerkannt durch das Kinderbetreuungsgeld und die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für die Pension. Einrichtungen wie Caritas, Diakonie oder Volkshilfe könnten ohne den Einsatz Freiwilliger vieles nicht leisten, was sie heute zur Linderung von Leid und Armut beitragen. Und ohne die Arbeit tausender Vereine, von der Freiwilligen Feuerwehr über Sport- und Musikvereine bis hin zu kleinen lokalen Initiativen, würde ein ganz wesentlicher Beitrag für das Zusammenleben in unserem Land fehlen.

Diese Arbeit hat einen unleugbaren Wert, auch wenn er nicht in Geld gemessen wird. Jenseits jeder Diskussion um die Schaffung von Arbeitsplätzen wäre es sinnvoll und oft auch notwendig, einiges davon als Erwerbsarbeit zu organisieren. Ich nenne nur das Stichwort Pflegenotstand: Die Zahl alter und pflegebedürftiger Menschen wird zunehmen, wenn stärkere Jahrgänge ein hohes Alter erreichen, und schon jetzt fehlt es an Einrichtungen und vor allem an Personal in diesem Bereich. Daneben würden auch all jene mehr Unterstützung brauchen, die ihre alten und kranken Angehörigen selbst pflegen. Um die Überforderung der Pflegenden in Grenzen zu halten, wäre viel mehr professionelle Hilfe nötig, als heute zur Verfügung steht. Ähnlich steht es mit Betreuungseinrichtungen für Kinder unterschiedlichen Alters, die nicht nur zur Entlastung berufstätiger Mütter, sondern zum Teil auch aus bildungspolitischen Gründen notwendig wären und von allen Parteien gefordert, aus Gründen mangelnder Finanzierung jedoch nicht bereitgestellt werden.

Erwerbsarbeit ist nicht alles

Unsere Gesellschaft würde allerdings um vieles ärmer, wenn wir versuchten, alles oder auch nur einen großen Teil dessen, was heute an unbezahlter Arbeit verrichtet wird, in Erwerbsarbeit umzuwandeln. Nicht nur die Familien leben vom Geben und Nehmen, das keiner Berechnung unterliegt. Jede Gemeinde, jede kleinere und größere Gemeinschaft braucht diesen freien, nicht berechnenden Einsatz für gemeinsame Interessen und für andere um ihres funktionierenden Zusammenhalts willen. Eine Welt, in der alles in Geld bewertet und verrechnet würde, wäre unmenschlich.

Dennoch ist es heute so, dass in unserer Gesellschaft Geld unbedingt vonnöten ist, um leben zu können. Haben aber jene, die all die oben genannte unbezahlte Arbeit leisten, etwa keinen Anspruch auf die notwendigen Lebens-Mittel?

² Quelle: Kurt Pratscher. Sozial(hilfe)leistungen der Bundesländer 2003 und im Jahrzehnt 1994-2003. in: Statistische Nachrichten 4/2005, S.336 ff.

Grenzen des Wachstums

Wir leben nicht von Geld, sondern von realen Gütern. Der Wert der fundamentalsten Lebens-Mittel ist uns aber oft kaum mehr bewusst: Wir schätzen unser gutes Trinkwasser und überhaupt den Wasserreichtum unseres Landes; wir erregen uns über Luftverschmutzung und verunreinigtes Grundwasser und wissen um die grundsätzliche Begrenztheit natürlicher Rohstoffe. Wissen wir auch um den realen Preis dieser Grund-Lebens-Mittel?

Produktion und Dienstleistungen führen in der Regel zu Umweltbelastungen. Wächst das BIP, wächst die Belastung – wenn auch nicht unbedingt im selben Ausmaß. Das Ziel, Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung zu entkoppeln, kann zwar in Teilbereichen erreicht werden, oft auch mit dem Einsatz moderner Technologien. Ressourcenproduktivität, das heißt der Verbrauch von Energie, Wasser und anderer Rohstoffe sowie die Verringerung von Abfall sind dafür wichtige Kriterien. Erfahrungsgemäß ist es jedoch oft so, dass auf Grund effizienterer Nutzung der Verbrauch erst recht wieder steigt (zum Beispiel wenn die Zahl schwerer Autos unverhältnismäßig zunimmt, weil deren Motoren nicht mehr so viel Treibstoff verbrauchen wie früher).

Insgesamt ist jedenfalls zu fragen, inwieweit ein möglichst hohes Wachstum als wirtschaftspolitisches Grundziel – und häufig gerade mit der notwendigen Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten gerechtfertigt – überhaupt noch verantwortbar ist – und zwar sowohl unter ökologischen Gesichtspunkten als auch im Interesse der internationalen und generationenübergreifenden Gerechtigkeit.

Die westliche Welt, und damit auch Österreich, verbraucht einen weitaus höheren Anteil an nicht erneuerbaren Ressourcen, als uns gerechterweise zukommen würde. Die Erde mit ihren Gütern gehört allen Menschen gemeinsam, den zukünftigen Generationen nicht weniger als den heute lebenden.

Eine Ankurbelung des Wirtschaftswachstums in unseren Ländern um neuer Arbeitsplätze willen, ohne Rücksicht auf die armen Länder des Südens, die Wachstum brauchen, um die Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu decken, und ohne Gedanken an künftige Generationen und deren Lebensgrundlagen ist deshalb nicht verantwortbar – umso weniger als sich in der jüngeren Vergangenheit häufig zeigt, dass v.a. durch technologisch begründete Produktivitätsfortschritte, aber auch aufgrund weitgehend produktionsunabhängiger, aber gerade deshalb auch fragwürdiger Wertschöpfungsmöglichkeiten auf den modernen Finanzmärkten ein Wirtschaftswachstum nicht unbedingt einen Zuwachs an Arbeitsmöglichkeiten mit sich bringt.

Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein

Unter diesem Titel wurde Anfang Oktober 2005 in Wien der erste deutschsprachige Kongress zum Thema Grundeinkommen durchgeführt. Dieser Titel benennt die Zielrichtung eines u.a. von der Kath. Sozialakademie Österreichs vertretenen Ansatzes zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, das jeder Mensch vorerst in unserem Land (aber besser in ganz Europa und schließlich weltweit) bekommen sollte – und zwar als persönliches Recht, ohne Rücksicht auf Erwerbsarbeit oder sonstige Einkommen, in existenzsichernder Höhe.

Jeder soll Geld bekommen, ohne etwas dafür zu tun? Was im ersten Moment vielleicht überraschend und in manchen Ohren sogar widervernünftig klingt, ist gar nicht so neu. Familienbeihilfen, Kinderabsetzbeträge, Kinderbetreuungsgeld sind z.B. an die Existenz von Kindern gebunden, nicht aber an irgendeine Art von Tätigkeitsnachweis. Wer in unserer Gesellschaft nachweisbar keine Möglichkeit hat, sich selbst das zum Leben Nötige zu erwerben, hat einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe (auch wenn es den Anspruchsberechtigten nicht immer leicht gemacht wird, dieses Recht konkret einzufordern). Viele gesellschaftliche Leistungen kommen allen zugute, unabhängig davon, ob sie etwas dazu beigetragen haben oder nicht, zum Beispiel das Bildungswesen und weitgehend auch Leistungen im Gesundheitsbereich. In den Bereichen von Verkehr und Kultur gibt es viele Einrichtungen, die von allen gleichermaßen genutzt werden können (wobei es sich hier oft um Dienste handelt, die in stärkerem Ausmaß den Reicheren zugute kommen).

In den genannten Beispielen kommt bereits jetzt die grundsätzliche Überzeugung zum Ausdruck, dass jeder Mensch in unserer Gesellschaft das Recht und die Möglichkeit haben muss, menschenwürdig zu leben. Die stark am unmittelbaren Bedarf der Betroffenen orientierte Art unseres gegenwärtigen Sozialsystems, dieses Grundrecht zu gewährleisten, ist allerdings mit einem hohen administrativen und deshalb auch teuren Aufwand verbunden, der überdies falsche Beurteilungen und Einschätzungen keineswegs ausschließt, ebenso wenig wie

zahlreiche Formen der sozialen Demütigung, was viele Hilfsbedürftige wiederum abschreckt, die ihnen zustehenden Anrechte auch tatsächlich zu beanspruchen.

Ein allgemeines Grundeinkommen würde in diesem Bereich unnötigen Administrationsaufwand und manche Ungerechtigkeit ersparen. Und da es in einem solchen Grundeinkommenssystem immer möglich und lukrativ ist, sich zusätzliches Einkommen zu verschaffen (weil ein solches nicht abgezogen, sondern lediglich der Steuer unterworfen würde), und außerdem davon ausgegangen werden kann, dass jeder Mensch im Grunde etwas Sinnstiftendes aus seinem Leben machen möchte, würden wohl viele, wenn nicht die meisten Menschen ihre Kreativität eher auf für sie und die Allgemeinheit sinnvolle Tätigkeiten verwenden als darauf, die zuständigen Sozialbehörden von ihrer Unfähigkeit bzw. Arbeitsuntauglichkeit zu überzeugen.

Grundeinkommen würde auch bedeuten, dass all jene, die für unser gesellschaftliches Zusammenleben wichtige und unverzichtbare Arbeiten unbezahlt leisten, zumindest das Lebensnotwendige und überdies weit stärker als bisher eine Form sozialer Anerkennung erhalten. Es könnte Freiraum entstehen für neue Formen der persönlichen Lebensgestaltung, die das heutige System mit seinen engmaschigen Rahmenbedingungen nicht bietet. Wechsel zwischen Erwerbstätigkeit und Weiterbildung, familiärem und gesellschaftlichem Engagement wäre möglich, ohne die Existenzgrundlage in Frage zu stellen. Damit könnte der Arbeitsmarkt entlastet, aber auch viel bislang brach liegendes Kreativitätspotential genutzt werden – auch zum Wohle der Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft.

Ist Grundeinkommen finanzierbar?

Österreich leistet sich bereits jetzt ein gutes, aber zugleich aufwändiges soziales Netz, das seit seiner Entstehung stetig sich ändernden Bedingungen angepasst wurde und deshalb zuweilen übermäßig differenziert und intransparent erscheint. Dazu jagt eine Steuerreform die andere. Grundeinkommen könnte als Sockel dieses Ensembles aus Sozialleistungen und Steuern eingefügt werden, mit Veränderungen nicht nur des Steuertarifs, sondern auch der Steuerquellen sowie unter entsprechender Anpassung sozialstaatlicher Einrichtungen.

Österreich ist ein reiches Land. Alles, was wir besitzen, gründet auf dem, was die Erde zur Verfügung stellt und was Generationen vor uns erfunden und erarbeitet haben. Diese Güter gehören allen gemeinsam und sollen nicht ausschließlich von jenen beansprucht werden können, die am expliziten Wirtschafts- bzw. Erwerbsarbeitsprozess, also am gezählten und berechneten Nationalprodukt beteiligt sind.

Evolution statt Revolution

Grundeinkommen ist demnach nicht einfach ein Projekt zur Armutsvermeidung, sondern zur gesellschaftlichen Veränderung. Und es ist realisierbar. Auch ein allgemeines Wahlrecht wurde lange Zeit als Utopie abgetan, und bereits bei der Einführung der ersten Krankenversicherungen wurde die heute oft bei Grundeinkommensdebatten ins Treffen geführte Befürchtung laut, dass dann niemand mehr arbeiten würde. Keiner dieser Unkenrufe hat sich bewahrheitet.

Grundeinkommen kann als logische Weiterentwicklung einer humanen Gesellschaft betrachtet werden, die jedem ihrer Mitglieder das Recht auf menschenwürdiges Leben in Freiheit zugesteht und dies durch die bedingungslose Zuteilung der dafür notwendigen materiellen Basis realisiert.

Dr. Markus Schlagnitweit
Direktor der ksoe (Kath. Sozialakademie Österreichs) seit 1.9.2005
www.ksoe.at

2005-10-18